



Streikwelle in Ganztagschulen Österreichs

Der Kampf der Freizeitpädagog:innen um den Erhalt ihres Berufs und bessere Bedingungen sorgt für Aufsehen in der streikarmen Republik –

von Samuel Kammermeier und Peter Haumer*

In: *express* 7-8/2023

Alle jüngeren österreichischen Regierungen setzten auf den Ausbau ganztägiger Kinderbetreuung. Im Fokus steht dabei neben außerschulischen Betreuungsangeboten vor allem die Umstellung möglichst vieler, in Österreich traditionell halbtägiger Schulen auf Ganztägigkeit. Um den zusätzlichen Personalbedarf dafür abzudecken, wurde eine zumindest dem Namen nach einzigartige österreichische Berufsgruppe geschaffen: die Freizeitpädagog:innen. In einem berufsbegleitenden Hochschullehrgang schnell ausgebildet, werden sie an den immer mehr werdenden ganztägigen Schulen beschäftigt. Rund die Hälfte der Wiener Volksschulen (von sechs bis zehn Jahren) ist inzwischen ganztägig, jedes Jahr kommen weitere dazu. An diesen sind die Belegschaften entsprechend diverser: Neben den Lehrer:innen arbeiten an diesen Schulen meist fast ebenso viele Freizeitpädagog:innen mit Kernaufgaben in der Tagesbetreuung und Mittagsbegleitung sowie der sozialen, musischen, kreativen und sportlichen Förderung. Rund 2.500 Freizeitpädagog:innen arbeiten in Wien, wo die ganztägigen Schulen eine bundesweite Vorreiter:innenrolle einnehmen, im gesamten Land etwa nochmals so viele. Unübersichtlich ist die Branche, weil im Schulwesen meist Länder oder Gemeinden zuständig sind und somit auch die Modelle ganztägiger Betreuungsformen variieren. So sind manche Freizeitpädagog:innen im Burgenland bei kleinen Gemeinden beschäftigt, in Kärnten bei verschiedenen privaten Trägern, während in Wien der stadteigene Betrieb »Bildung im Mittelpunkt GmbH« (BiM) als bundesweit größter Träger Freizeitpädagog:innen für rund 140 Volksschulen beschäftigt. Sie sind den öffentlichen ganztägigen Schulen zugeteilt und gehören zum langjährigen Stammpersonal. Rechtlich sind die meist im öffentlichen Schulwesen tätigen Kolleg:innen dadurch Privatangestellte und unterliegen dem Tarifvertrag für die private Sozialwirtschaft; die zuständige Gewerkschaft ist die Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA).

Pläne der Regierung: Ausbau mit Kürzungen durch Verstaatlichung und Entwertung

Im Mai veröffentlichte der Betriebsrat der BiM einen Gesetzesentwurf der schwarz-grünen Bundesregierung, der ihm inoffiziell zugespielt worden war und zu dem die Regierung offizielle Gespräche mit dem Betriebsrat und der zuständigen Gewerkschaft verweigerte. Er sieht vor, die Freizeitpädagogik aus allen Schulgesetzen zu streichen. Ersetzt wird die Berufsgruppe durch sogenannte »Assistenzpädagogen«, in die die bisherigen Freizeitpädagog:innen überführt werden sollen.

Die neue Berufsgruppe soll in den öffentlichen Dienst eingegliedert, also analog zu den Lehrer:innen verstaatlicht werden. Zudem soll sie in der Schule in ein Hierarchieverhältnis zu diesen gestellt werden: Als Hauptaufgabe ist die »Unterstützung anderer Lehrpersonen« definiert, die professionelle Gestaltung der schulischen Tagesbetreuung wird zur Nebenaufgabe. Dieses Mehr an Aufgaben bedingt eine Ausweitung der »Stunden am Kind« auf 32 pro Woche (bei einer 40-Stunden Woche im öffentlichen Dienst – der Rest sind Vorbereitungs- und

Teamzeiten). Ermöglicht werde dadurch, so die Beteuerung der Regierung, mehr Vollzeitanstellung. Aber im Sozialbereich wurde die 37-Wochenstunde als Vollzeit tariflich erst kürzlich unter beachtlichem Einsatz der Freizeitpädagog:innen erkämpft.

Der Betriebsübergang sieht aber nicht nur eine Ausweitung der Kinderstunden und eine Hierarchisierung des Berufsfeldes vor, sondern auch eine Gehaltskürzung durch Überführung in ein neues Schema. Die gesetzliche Eingliederung setzt jede bisherige kollektivvertragliche Bindung außer Kraft.

Die Regierung plant, die Lächer des selbstverschuldeten Lehrer:innenmangels durch die Einführung neuer billiger Hilfspädagog:innen zu stopfen: Der Entwurf sieht die neue Berufsgruppe für alle Schulformen bis hin zu Berufsschulen vor, nicht nur für ganztägige Schulen. Damit einhergehend will sie die Ausbildungsdauer auf ein halbes Jahr verkürzen und als Feigenblatt dafür, dass de facto kaum ausgebildete Arbeitskräfte in die Schulen kommen, das Abitur als Aufnahmekriterium einführen. Ein wesentlicher Zustrom in die Freizeitpädagogik ergab sich bisher daraus, dass Leute auch ohne Abitur durch eine berufsbegleitende Ausbildung in einer Schule arbeiten konnten, was Einsteiger:innen aus allen Arbeitsbereichen anzog und zu diversen multiprofessionellen und -sprachlichen Belegschaften führte. Derzeit hat vermutlich nur eine Minderheit Abitur.

Reaktion des Betriebsrats und der Belegschaft

Nach der Veröffentlichung wurde in Wien sofort eine Betriebsversammlung einberufen. Das Ergebnis: einstimmige Streikbeschlüsse in der BiM und ein weitreichendes Mandat für das Streikkomitee. Die Stimmung in der Belegschaft war von großer, teils existenzieller Unsicherheit geprägt: Kolleg:innen ohne Abitur fragten sich, ob sie übernommen werden, oder ob sie, zu Hilfskräften der Lehrer:innen degradiert, weiterarbeiten möchten. Angesichts der Teuerung schockierte das Gehaltsschema des Entwurfs, das bis zu 19 Prozent Lohn einbußen vorsah – bei vollkommener Unklarheit, welche Vordienstzeiten angerechnet werden. Der Schock und die Unsicherheit verwandelten sich aber auf der Betriebsversammlung zum Teil auch in Kampfbereitschaft. Nicht wenige forderten sofortige unbefristete Streiks.

Der Betriebsrat der BiM informierte auch die anderen Betriebsräte der Branche sowie Gewerkschaft und Arbeiterkammer. Die entstandene Vernetzung ermöglichte eine überregionale Koordination der Kampfmaßnahmen. Der Slogan der Bewegung wurde »So nicht! Freizeitpädagogik bleibt!«. Die Vorbereitungen standen dabei unter großem Zeitdruck. Einerseits war die Einschätzung aller informierten Kreise, die Regierung werde die Reform noch vor der Parlamentssummerpause im Schnellverfahren beschließen. Andererseits sind die neunwöchigen Schulsommerferien auch ein Faktor für die Kampfkraft von Schulstreiks: Als das Streikkomitee der BiM am 30. Mai 2023 erstmals tagte, waren es keine fünf Wochen mehr bis Schulschluss. Insofern war das erste Streikziel klar: kein Beschluss vor oder in den Sommerferien sowie Verhandlungen mit den Betroffenen.

Den ganzen Juni hindurch rollte eine Welle von Streiks und Betriebsversammlungen sowie unzählige öffentliche Aktionen von Wien über Graz und Salzburg bis ins südliche Kärnten, die eine enorme Öffentlichkeit erzeugten. Die Regierung hatte den Widerstand nicht kommen sehen und war sichtlich überrumpelt.

Geschichte des Betriebsrats und Widerstandspotenzials in der Belegschaft

Die Wiener Freizeitpädagog:innen sind dabei in Österreichs Arbeitskämpfen des letzten Jahrzehntes keine unbekannte Größe. Seit ihren Anfängen Ende der 1990er Jahre ist die »Bildung im Mittelpunkt GmbH« ein wachsendes Unternehmen, dessen Belegschaft sich im öffentlichen Auftrag jedes Jahr vergrößert und das als De-facto-Personalbereitsteller für die verbeamteten Schulleitungen und ihre Häuser fungiert. Die zu diesem Zweck langjährig etablierte autoritäre Betriebskultur, die Mitarbeiter:innen kontrolliert und diszipliniert, stand immer im Kontrast zum sonstigen Alltag als Freizeitpädagog:in: Für die oft gruppenleitenden Pädagog:innen an den Schulen bietet der »Freizeitteil« viel Autonomie und Gestaltungsräume. Gleichzeitig wurde die »neue« Berufsgruppe von vielen Schulleitungen und auch teilweise

Lehrer:innen als externes Anhängsel betrachtet und geringgeschätzt. Dieses Klima war schon in den letzten Jahren ein Nährboden für Widerstand.

Ein engagierter Betriebsrat um die langjährige Vorsitzende und Kommunistin Selma Schacht schaffte es nicht nur, den Kolleg:innen immer wieder Selbstbewusstsein im Kampf um innerbetriebliche Verbesserungen zu geben, sondern machte die BiM-Belegschaft auch zum treibenden Faktor in den Tarifauseinandersetzungen der Sozialwirtschaft, einer Branche von österreichweit mehr als 100.000 Beschäftigten. Seit 2018 wurden diese regelmäßig von Streiks einiger Belegschaften in Wien begleitet, was die traditionell auf sozialpartnerschaftliche Verhandlungen statt Kämpfe setzende Gewerkschaftsführung zähneknirschend akzeptierte.

Organisierung der Belegschaft – Streikkomitee und Streiktaktik

So kann die Belegschaft der BiM auch auf Streikerfahrungen zurückgreifen. Das aus vergangenen Auseinandersetzungen bereits bestehende offene betriebliche Aktionskomitee wurde zum Streikkomitee erweitert, dem sich über 50 Aktive anschlossen. In enger Abstimmung mit dem Betriebsrat wurde nach einer Demonstration im Rahmen einer Betriebsversammlung zum Bildungsministerium am 1. Juni eine Streik- und Aktionswoche vom 12. bis 16. Juni organisiert. Mit einem Rollstreik, bei dem an jedem Tag andere Schulstandorte bestreikt wurden, die von unzähligen kleinen Aktionen und Infoständen vor den Schulen begleitet wurden, konnten Eltern und Kinder sowie Lehrer:innen und Schulleitungen informiert und einbezogen werden – und große Teile der Belegschaft mussten organisatorische Verantwortung im eigenen Kampf übernehmen. Ergänzt wurde dies durch einen eintägigen Vollstreik, der sich am 15. Juni mit einem österreichweiten Bildungsaktionstag von Lehrer:innen und Elterninitiativen vereinigte. Dies erreichte eine ungewohnte Breite der Kampagne und ein beachtliches Medienecho.

Bisher erreicht: Regierungszugeständnisse und Verhandlungen mit den Betroffenen

Die Regierung ruderte zurück und betonte die Unfertigkeit des geleakten Entwurfs. Das Ziel, die Regierung zu Verhandlungen mit den Betroffenen zu bewegen, konnte kurz vor Schuljahresabschluss erreicht werden, am 29. Juni fand eine erste Verhandlungsrunde mit Gewerkschaft und Betriebsräten im Bildungsministerium statt. Es wurde klargestellt, dass die Belegschaften gegen einen Ausbau des Bereichs Ganztagschule nichts einzuwenden haben – aber nur bei Aufwertung und Ausbau der Freizeitpädagogik sowie besseren Arbeitsbedingungen, nicht durch Verbilligung und Abwertung. Die Streiks wurden über die Sommerferien für die weiteren Verhandlungen, die vor aller Öffentlichkeit abgewickelt werden sollen, ausgesetzt. Streikbeschlüsse und -ziele bleiben weiterhin bestehen.

Perspektive des Kampfes: heißer Herbst im Bildungsbereich

Es ist damit zu rechnen, dass sich die Regierung über den Sommer neu sortieren wird und im Herbst oder Winter einen modifizierten Gesetzesentwurf ins Parlament einbringt. Ob dieser Verschlechterungen für die Branche enthält oder ob es gelingt, ihn für Verbesserungen zu nutzen, wird nicht zuletzt an den weiteren Kämpfen liegen. Aktions- und Streikkomitee, Betriebsrat und die Belegschaft bereiten sich auf eine zweite Welle der Kämpfe vor.

Im Bereich der Lehrer:innen ist die Situation ebenfalls im Argen: Extreme Arbeitsbelastung und Bürokratisierung bei durch Jobflucht und Pensionierungen verstärkter Personalnot bringen viele Kolleg:innen an den Rand des Burnouts. Auch bei den Lehrer:innen werden Streikforderungen laut, aktuell vor allem durch die Initiativen »Schule brennt« und »Bessere Schule jetzt«. Ob es im Herbst möglich sein wird, diese Kämpfe noch weiter zusammenzuführen, wird sich zeigen. Wir jedenfalls sind und bleiben: streikbereit und optimistisch!

** Samuel Kammermeier ist Wiener Freizeitpädagoge und Betriebsrat bei »BiM«.
Peter Haumer war langjährig Betriebsrat auch im Sozialbereich.*

Die Autoren und sonstigen Aktiven freuen sich sehr über einen Erfahrungsaustausch mit Kolleg:innen aus anderen Ländern: samuel.kammermeier@servus.at

Zum Nachlesen: <https://www.betriebsrat-bim.at/>

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info

Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12